

Die Sanitätswarte

Organ zur Vertretung

der Interessen des gesamten Personals in Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Heil-, Pflege- und Bade-Anstalten, Massage- und Wasserheil-Instituten, Kliniken, Seebädern etc.

Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 30,
Wintersfeldstr. 21. — Fernsprecher: Amt 9, 6488.
Redakteur: Emil Dittmer.

Berlin,
den 7. Dezember 1906.

Erscheint alle 14 Tage, Freitags.
Bezugspreis inkl. „Die Gewerkschaft“ viertel-
jährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2,— M.
Postzeitungsliste Nr. 3164.

Redaktionschluss: Freitag vor dem Erscheinen.

Inhalt:

Der Arbeiter „Freund“. Aufsatz an das Massage- und Bade-
personal Dresdens. Aus der Bewegung. Rundschau.

Der Arbeiter „Freund“.

Wir entnehmen dem „Vorwärts“ im Auszuge den nachstehenden Bericht, welcher das größte Interesse unserer Kollegen verdient:

Der Ausschuß der Landesversicherungsanstalt Berlin beschloß sich in seiner Sitzung vom 12. November mit der Etatsberatung für 1907 und mit der Abnahme der Jahresabrechnung für das Jahr 1905. Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Warnit, eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß ein Schreiben des 1. Vorsitzenden des Ausschusses, Ingenieur Herr Bernhardt, eingegangen ist, in welchem derselbe mitteilt, daß er sein Amt als Vorsitzender niederlegt, da ihm ein Zusammenarbeiten mit dem Vorsitzenden der Anstalt, dem Herrn Dr. Freund, nicht möglich sei. Ferner sind zwei Beschwerden der Angestellten der Anstalt Nichtenberg eingegangen. Eine dieser Beschwerden eine Verfügung des Herrn Dr. Freund über die Verhaltensvorschriften für die Angestellten ist in der „Sanitätswarte“ Nr. 21 bereits besprochen. Die zweite betraf das Verhalten eines Oberwärters.

Darauf leitete Dr. Freund die Verhandlungen zu den Voranschlägen des Etats für das Jahr 1907 ein. Er sagte etwa folgendes: Es sei allgemein die Ansicht verbreitet, daß die Anstalt im Gelde schwimme und zu ihrem Vermögen im Verhältnis wenig leide. Das ist ein Irrtum. Die Einnahmen aus dem Markenerlös werden auch für die Versicherungen ausgeben. Die Bilanz erweist eine Einnahme von 9 000 000 M. und eine Ausgabe von 8 822 000 M. Ein Ueberschuß erhebe sich nur aus den Zinsen und den Erstattungen der Krankenaffen. Nicht unerwähnt wollen er lassen, daß die Berliner Anstalt für die anderen Anstalten in Deutschland die Kosten mit tragen helfe. Trotz der Kosten für die Heilanstalten, Zahnabst., Invaliden und Altersrenten, die fast die ganzen Einnahmen des Markenerlöses aufbrauchen, haben wir keine Verpflichtungen zu beugen. Die Altersrenten sind im Beharrungsstadium eingetreten, der Höhepunkt ist bereits erreicht worden. Wenn auch die Zahl der Invalidenrentner noch im Steigen begriffen, so ist dennoch ein bedeutender Rückgang in der Steigerung eingetreten; danach dürfte auch hier in einigen Jahren der

Mulminationspunkt erreicht sein. Die Steigerung der Rentner ist von 26 000 auf 10 800 zurückgegangen. Der Bau der Lungenheilstätte Veelitz ist beendet; nur das Sanatorium für weibliche Personen soll noch eine Ausdehnung erfahren und er (Medner) hoffe, daß dieses mit 3 000 000 M. zum Abschluß gebracht werden kann.

Bei dieser Gelegenheit wolle er nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß von verschiedenen Seiten und Parteien der Vorwurf erhoben wurde, daß die Veelitzer Heilstätten zu kurriös gebaut wären. Indessen in dem Bau des Birchow-Krankenhaus hat die Landesversicherungsanstalt Berlin eine glänzende Rechtfertigung erfahren, denn die Stadtgemeinde Berlin ist in unsere Fußstapfen getreten.

Große Schwierigkeiten bereitet die Fleischversorgung für die Anstalt. Infolge der Fleischwertenerung ist es nicht nur schwer, Fleisch zu erhalten, sondern es gelingt auch nicht immer, gute Qualität des Fleisches zu bekommen.

Zum Schluß bemerkt Herr Dr. Freund noch, daß infolge einer Statistik, die auf Grund der ungetauften Invalidentarten aufgenommen wurde, der Dienstmangel bestätigt ist. Ohne Abgang der Verheiratungen ist durch die Statistik festgestellt, daß der Ueberschuß von Dienstmännern in die gewerblichen Berufe im Jahre 1904 von 2298 auf 2325 im Jahre 1905 gestiegen ist. Dadurch würden die gewerblichen Betriebe mit billigen Arbeitskräften überflutet.

Darauf nimmt Eugen Prückner, Vertreter der Versicherten, das Wort. Der Medner führt etwa folgendes aus: Bevor ich zum Etat selbst komme, möchte ich auf einige Ausführungen des Herrn Dr. Freund eingehen. Wir, die Arbeitnehmer, haben die Befürchtung, daß einmal die Ausgaben die Einnahmen übersteigen könnten, nie geteilt; wir sind uns darüber völlig klar, daß ein Beharrungsstadium in der Zahl der Rentner früher oder später eintreten wird und muß. Wenn unsere Anstalt bis zu einem gewissen Grade die Ausgaben für andere Anstalten tragen muß, so liegt die Ursache hierfür besonders in den ungemündenen Verhältnissen in den agrarischen Bezirken. Nicht selten sind hier die Hinterziehungen der Beiträge durch die Arbeitgeber und oft in großem Maßstabe zu verzeichnen. Daß hierdurch die Arbeiter besonders schwer geschädigt werden, indem die selben nur ihre Renten bekommen, ist wohl einleuchtend. Wir sind einige Fälle bekannt, in welchen die Arbeiter nur ihre Rechte bekommen sind, alldieweil den Arbeitern wohl die Beiträge abgezogen wurden, diese indessen an die betreffende Landesversicherungsanstalt nicht abgeführt sind. Wir sind ferner der Meinung, daß für die Heilanstalten in nächster Zeit keine außerordentlich hohen Ausgaben mehr gemacht werden können, da nach Herrn Dr. Freund ja nur noch das

Zanatorium für weibliche Personen eine Ausdehnung erfahren soll und hierfür die Summe von 3.000.000 Mk. just reichen wird. Wenn weiter über die luxuriöse Ausstattung der Berliner Anstalt in Veelitz geschrieben und gesprochen wurde, dann möchte ich Herrn Dr. Freund bemerken, daß es diejenigen Parteien waren, die gegen jeden Fortschritt sind. Dagegen hat die sozialdemokratische Partei mit ihrer Anerkennung für die Veelitzer Heilstätten niemals zurückgehalten.

Ferner legen wir Wert darauf, daß Herr Dr. Freund in seiner amtlichen Eigenschaft als Vorsitzender der Anstalt bestätigt hat, daß durch die Grenzsperrung die Fleischversorgung derartige Dimensionen angenommen hat, daß die Fleischversorgung für die Heilstätten erschwert wird.

Was endlich den Uebertritt der Dienstboten in die gewerblichen Verufe betrifft, so soll hier einmal zum Ausdruck gebracht werden, daß die Ursache hierfür in der Gefindeordnung liegt, insofern dieselbe noch immer vorindustriellen Verhältnissen, nicht aber unserer modernen Zeit angepaßt ist. Wollen Sie nicht, daß die Dienstboten als Lohnbrücker der gewerblichen Arbeiterinnen erscheinen, dann befehlen Sie die Gefindeordnung, die in unserer modernen Zeit nur eine Schmach bedeutet.

Nun noch einiges zum Etat selbst. Bei den Besoldungsplan können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß die Gehaltskala ungleich ist, daß die Zulagen zugunsten der höheren Beamten bemessen und die unteren Beamten schlechter bedacht sind. Ganz besonders rügen wir bei den Mehrausgaben für Hausarbeiten, daß es einzelne Beamte gibt, die neben ihrem Pflichtpensum noch soviel Ueberstunden leisten konnten, daß der Verdienst der Heberarbeit fast dem Gehalt gleichkommt. Wir wünschen dringend, daß dieser höchst unangenehme Zustand beseitigt wird. Weiter möchte ich daran erinnern, daß der Ausschuss im vorigen Jahre beschlossen hatte, für die weibliche Abteilung des Zanatoriums in Veelitz eine Ärztin anzustellen. Der Vorstand der Anstalt wurde gebeten, der Anstellung eines weiblichen Arztes näher zu treten. Wir bedauern außerordentlich, daß der Vorstand den Beschlüssen und Wünschen des Ausschusses nicht Rechnung getragen hat, wir erheben hiermit den Wunsch, daß in Zukunft auf unsere Beschlüsse und Wünsche, die doch nur dem Interesse der Anstalt dienen, seitens des Vorstandes mehr Rücksicht genommen wird.

Medner bemängelte dann den Etat bezüglich der Heilstätte B I. In Veelitz sind die bürgerlichen Zeitungen in vier Exemplaren ausgelegt, der „Vorwärts“ dagegen wird nicht nur nicht ausgelegt, sondern es werden den Abonnenten des „Vorwärts“ auch noch Schwierigkeiten bereitet. Wir müssen verlangen, daß hier die strengste Parität gewahrt wird. Wir müssen ferner verlangen, da der „Vorwärts“ nach unseren Satzungen auch Publikationsorgan ist, daß vom Vorstand eine Verfügung erlassen wird, daß sämtliche Publikationsorgane, also auch der „Vorwärts“, in der Anstalt ausgelegt werden.

Nachwende mich nun zu der rigorosen Verfügung für das Personal in Lichtenberg. Der Rimbuss der Arbeiterfreundlichkeit des Herrn Dr. Freund, mit welchem derselbe sich zu begnügen mußte, ist durch die Verfügung ein für allemal zerstückt. Wenn es in dieser Verfügung heißt: „mit Ergebenheit seinen Vorgesetzten begeben“, so hat die Anstalt als Arbeitgeber der Angestellten von denselben keine „Ergebenheit“, sondern nur Pflichterfüllung zu verlangen. Die Anstalt muß bei ihren Verfügungen doppelt vorsichtig sein, damit jeder Schein, als hätte den Angestellten das Streikrecht verkannt werden, von vornherein beseitigt wird. Derjenige, der Herrn Dr. Freund als Vorkämpfer auf sozialpolitischem Gebiet gehalten hat, ist durch die von Herrn Dr. Freund gebilligten Verfügungen eines anderen belehrt worden. Ferner bringt der Medner einen

Fall der Heilstätte Grabowsee zur Sprache und tritt lebhaft für die Bewilligung des Bescheiderechts an die Strafen ein.

Medner interpelliert den Herrn Dr. Freund wegen der Entziehung der Hypothek, die für das Gewerkschaftshaus hergegeben war. In seiner bekannten Broschüre auf Seite 13 behauptet Herr Dr. Freund, daß das Gewerkschaftshaus ein sozialistisches Unternehmen sei. Die Partei hat nicht einen Pfennig zu dem Bau hergegeben. Wir sind Sozialdemokraten und sind stolz darauf, solche zu sein. Tessen ungeachtet werden die Zule für jedermann ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit zu Veranlassungen hergegeben. Das unterscheidet uns zu unserem Vorteil von den anderen Parteien. Das Gewerkschaftshaus mit der Herberge ist ein gemeinnütziges Unternehmen, welches sehr wohl die Unterstützung der Anstalt verdient. Es kommt mir darauf an, dieses hier festzustellen, weil Herr Dr. Freund die Entziehung der Hypothek vom Gewerkschaftshaus damit motiviert. Die Motivierung entspricht nicht den Tatsachen.

Herr Dr. Freund erklärt, die famose Verfügung sei ohne sein Wissen und ohne seinen Willen in die Welt gekommen. Den Angestellten von Lichtenberg sollte durch die Verfügung nur der Weg nach der Redaktion des „Vorwärts“ verlegt werden. Die Arbeiter haben ihr Bescheiderecht, ihre Beschwerden werden entgegengenommen und gewissenhaft geprüft. Wenn die Verfügung heute noch besteht, so soll dieselbe vorläufig bestehen bleiben. Vor dem „Vorwärts“ habe er keine Angst. Die Anhebung der Verfügung könne indessen leicht als Schwäche ausgelegt werden. Wenn die Arbeiter sich unter sich besprechen, so habe er nichts dagegen; kann es indes nicht dulden, wenn ein Hausdiener erklärt, der Parbiergebilde sei ein Streikbrecher, es soll sich niemand von ihm rühren lassen. Die Verfügung sei ihm sehr unympathisch; er habe auch den betreffenden Beamten sofort rektifiziert. Wenn der „Vorwärts“ nicht in seiner bekannten Manier gehandelt hätte, sondern lediglich die Tatsachen gebracht, dann wäre die Verfügung längst aus der Welt. (?)

Herr Israel, Vertreter der Arbeitgeber, wünscht, daß auch statistisch festgestellt würde, wieviel gewerbliche Arbeiterinnen zu den Dienstboten übergeben. (Zwischenruf: Nein!) Er bestreitet es übrigens, daß die Gefindeordnung die Ursache für den Wechsel sei.

Tähne, Vertreter der Versicherten: Alle die unangenehmen Differenzen wären vermieden worden, wenn Herr Dr. Freund dem mehrfach und einstimmig gefaßten Beschlüsse des Ausschusses, Arbeiterausschüsse ins Leben zu rufen, nachgegeben wäre. Daß das Bescheiderecht des einzelnen Arbeiters nur eine Farce sei, ist doch nichts Neues.

Herr Matz, Arbeitgeber, pflichtet dem bei.

E. Prädner weist die Angriffe des Herrn Dr. Freund auf den „Vorwärts“ energisch zurück. Die Vorkommnisse in der gezeichneten Art zu kritisieren, halte er einfach für seine Pflicht.

Zimansowski, Vorstandsmitglied der Landesversicherungsanstalt, ist der Ansicht, daß die Anstalt auch nach Fertigstellung des Baues in Veelitz noch andere Heilstätten weiter belegen muß. Darauf wird der Etat einer Kommission zur Beratung überwiesen. In die Kommission werden je 1 Arbeitnehmer und Arbeitgeber und je ein Erlösman gewählt. Der Kommission ist sämtliche Schriftstücke vom Vorstand zu unterbreiten. Darauf findet die Abnahme der Jahresabrechnung für 1905 statt.

Als wir seinerzeit erstmalig die berüchtigte Verfügung im Wertut brachten, nahm auch das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ hiervon Notiz und wies auf den

Widerpruch zwischen den Ausführungen des Herrn Dr. Freund in seiner Broschüre „Sozialdemokratie und Arbeiterschaft“ und der betr. Verfügung hin. Das hat nun Herr Dr. Freund endlich herausgelockt und außer der weiter vorn abgedruckten Versicherung, daß er von der Verfügung keine Kenntnis gehabt, ergeht sich Herr Freund in Lamentos, daß sich die Gewerkschaftsbewegung immer mehr mit der sozialdemokratischen Parteibewegung „verfilze“.

Seine Erwiderung spielt in nachstehendem Satz:

„Die Arbeiter stehen jetzt am Scheidewege: Arbeiterpolitiker oder sozialdemokratische Parteipolitiker. Mit einer verständigen Arbeiterpolitik werden sie alles, was im Bereiche einer vernünftigen Möglichkeit liegt, erreichen, mit der sozialdemokratischen Parteipolitik werden sie den Widerstand aller nicht auf sozialdemokratischem Parteiboden Stehenden, auch den ihrer besten Freunde, herausfordern und keinen Vorwärtschritt erringen.“

Treffend bemerkt hierzu das „Korrespondenzblatt“:

„Wir können die Arbeiter nur dringend warnen vor den Venten, die sie in einen Gegenfuß zur Sozialdemokratie bringen wollen. Wer den Arbeitern nicht um ihrer selbst willen helfen will, sondern um sie mit der größten und einflussreichsten Kulturbewegung der Gegenwart zu verfeinden, der ist kein Sozialpolitiker, sondern er zieht die Bestrebungen der Sozialpolitik in den Schmutz. Selbst ein Giesberts warnte vor Jahren vor dem Stampfe gegen die Sozialdemokratie; er erklärte man möge diesen Stampf denen überlassen, die die Sozialdemokratie großzuziehen hätten. Die Sozialistenbekämpfung ist allezeit das Merkmal des unvertändlichen Reaktionsärs gewesen. Wenn die bürgerlichen Sozialpolitiker, auf deren Peisall sich Dr. Freund beruft, sich nicht gegen diese Zumutung verwehren, dann werden sie sich künftig über Zweifel, die in die Ehrlichkeit ihrer sozialpolitischen Bestrebungen mit Recht gesetzt werden, nicht zu beklagen haben.“

Wir können uns diesen Ausführungen nur anschließen. Die Methode, welche Herr Dr. Freund in der Anstalt Nichtenberg eingeschlagen hat, ist im übrigen nicht nur für das Anstaltspersonal, sondern wohl für jeden Har denksenden Arbeiter so „beläuernd“, daß auf weitere sozialpolitische „Belehrung“ von dieser Seite verzichtet werden kann!

Aufruf an das Massage- und Badepersonal Dresdens!

Die wirtschaftliche Lage des Dresdener Badepersonals ist mehr als verbesserungsbedürftig. Im Protokoll der Männerkonferenz ist dieselbe noch viel zu wenig geschildert. An dieser Stelle des Berichtes ist jedoch das Personal zum größten Teil selbst schuld. Ein großer Teil der Kollegen ist eingebildet, zeigt Mäuren der Bourgeois, ein jeder hat „Standesbewußtsein“, von Massenbewußtsein, Solidariatsgefühl jedoch keine Spur! Sie haben aber auch alle Mäuren, eingebildet zu sein; beträgt doch das monatliche Gehalt, ohne Mohn und Logis, 30, 35, 40, 50, 60, 70, in aller seltensten Fällen bis 125 Mk. für männliches Personal. Die tägliche Arbeitszeit beträgt in der Woche 11 bis 11 Stunden täglich, an Sonntagen 5 bis 7 Stunden. In der Woche sind an den Tagenbedarfen 1 bis 3 halbe Tage frei. Der Stundenlohn wurde also bei den schlechten Bezahlen ungefähr 10 Pf. betragen. Von diesem horrenden Verdienst gehen noch die Beiträge zur Krankenkasse usw. ab. Bei dem Peitzahlen wird sich ein Stundenlohn von 61 Pf. ergeben. Dieser gewaltige Unterschied in der Bezahlung bewirkt wohl, daß unbedingt ein Ausgleich geschaffen werden muß. Zeit unendlichen Zeiten bestehen diese Gehälter, und werden natürlich auch nicht geändert werden, wenn das Personal in seinem „Standesbewußtsein“ so weiter schlafet.

Nehmen wir einmal das größte Bad Dresdens, Bad „Albertshof“. Hier erhielt früher das männliche Personal nicht unter 60 Mk. pro Monat, und jetzt? 35 Mk. Das konnte allerdings nur geboten werden, weil sich das Personal zur Organisation zu vornehm dunkte; auch jetzt ist der größte Teil nicht für die Organisation zu haben. Warum? Wie schon gesagt, ihr „Standesbewußtsein“, ihre „Reinlichkeit“ läßt es nicht zu. Was kann denn mit solchen „Mäupfern“ angefangen werden? Nein gar nichts!

Das weibliche Personal wird mit 20 bis 75 Pf. entlohnt. Die Arbeitszeit ist die gleiche wie beim männlichen Personal. Vielfach sind die Männer dieser Frauen in anderen Gewerkschaften organisiert; sie scheinen ihre Frauen von der Organisation noch abzuhalten. Verschiedene Äußerungen des weiblichen Personals lassen wenigstens diese Vermutung zu. Eigentlich hätten doch die organisierten Männer die Pflicht, ihre Frauen auf die Notwendigkeit des Verbandes hinzuweisen. Hoffen wir, daß dies geschieht.

In Dresden sind gegen 10 Bäder und Kuranstalten. Nur in 6 davon ist das Personal zum großen Teil organisiert. Alle übrigen Anstalten sind uns noch verschlossen. Aber diese müssen unbedingt zur Organisation herangezogen werden. Auch bei uns in Dresden müssen einmal menschenwürdigere Zustände geschaffen werden. Es gilt, vor allem die schreienden Ungerechtigkeiten in der Bezahlung zu beseitigen. In diesem Zwecke ist die Hilfe eines jeden Kollegen notwendig. Darum frisch aus Werk, Kollegen! Helft die abwärts Stehenden heranziehen! Zeigt, daß ihr den Mut besitzt, ein unwürdiges System zu beseitigen! A. Uhle.

Aus der Bewegung.

Berlin. Es gibt keine Organisation, die in ihrem Anfangsstadium nicht irgend welche Schwierigkeiten zu verzeichnen hat. Es hat den einzelnen Organisationen viel Mühe, Arbeit und Opfer gekostet, bis sie die Höhe erreichten, die sie jetzt aufzuweisen haben. Auch das Personal in den Heilanstalten wird einstmals mit seiner Organisation auf einer höheren Warte stehen. Dazu bedarf es aber noch sehr viel Arbeit. Wissen wir doch, daß sich dieses Personal aus allerhand Berufen zusammensetzt, und es daher sehr schwer hält, sie für die Ideen der gewerkschaftlichen Organisation empfänglich zu machen. Die elenden, mittelalterlichen Verhältnisse, unter denen sie zu leiden haben, tragen natürlich ihre Teil Schuld mit dazu bei. Dieses kam so recht drastisch zum Ausdruck in einer Vortragsrede, die das Personal des Krankenhaus am 20. November d. J. in den Räumlichkeiten abhielt. Abgabe wurde hier geführt, wie in allen übrigen Heilanstalten, wegen schlechter und ungenügender Mohn. Das monatliche Gehalt, welches die Hausdiener in Höhe von 25 Mk. und die Pfleger von 30 Mk. monatlich erhalten, wurde allseitig als ungenügend anerkannt. Ist es doch den Angehörigen nicht möglich, bei solcher Bezahlung auch nur notwendig als Menschen auftreten zu können. Auch daß es noch eine ganze Anzahl Kollegen gibt, die ihre elende Lage nur durch Spekuliererei zu verbessern bestritten sind, wurde betont. Von verschiedenen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß sie sich gegenüber der übrigen organisierten Arbeiterschaft schämen müßten, für solche Bedingungen ihren Dienst zu verrichten. Sie wollen alles daran setzen, für die Organisation neue Mitglieder zu werben, damit sie sich mit Hilfe dieser eine menschenwürdigere Existenz erringen können. Am Schluß wurde dann ein Vertrauensmann und ein Vortragsammler gewählt. Wünschen wir also den Kollegen und Kolleginnen für die Erhaltung ihrer Organisation viel Glück.

Berlin. Nach den diversen Vorschlägen infolge von Maßregelungen usw. beginnt sich allgemach die Organisation der Krankenhaus-Angestellten wieder zu erholen, wozu eine rege Meinungsäußerung in den einzelnen Anstalten wesentlich beiträgt. Am 25. November referierte Kollege Dittmer in einer recht gut besuchten Anstaltsversammlung von Friedrichshagen über: „Die Bedeutung der Arbeiterausbildung“. Die Versammelten verfolgten mit großer Aufmerksamkeit die Ausführungen des Referenten, welcher u. a. nachwies, daß ein Arbeiterausbildung, hinter dem nicht die Organisation steht, in der Luft schwebt. Als Kandidaten zur Auswahlgewahl wurden einstimmig die verbandesmäßig vorgeschlagenen Vertreter aufgestellt. Unter Verschiedenem wurde festgestellt, daß bereits eine ganze Reihe Verdienste und Wünsche der Erledigung harret. Der Ausbruch wird also bald nach seiner Wahl in Funktion treten können. Der Referent ging in seinen Schlussausführungen besonders auf die Leistungen unserer Verbandes nach dem neuen Statut ein und wies nach, daß gerade für das Krankenhauspersonal die Erneuerungsbewegung außerordentlich fruchtbar wirken wird. In der lebhaften Diskussion, die im zunehmenden Sinne gehalten war, betonten eine Reihe von Kollegen, daß nur die Unkenntnis viele abgehalten hat, die höheren Beiträge zu zahlen; die ungeborene Mitwirkung aber sei das Haupthindernis zur kräftigen Gestaltung unserer Organisation. Bessere Bezahlung und größere Bewegungsfreiheit muß die Lösung aller Krankenhaus-Angestellten sein, dann wird man schneller zum Ziele kommen, als durch die sogenannte „Hebung des Standesbewußtseins“. Ein hoffnungsvoller Zug ging durch die Versammelten. Möge er von Dauer sein und unserer Organisation endlich wieder festen Halt geben!

Berlin-Nichtenberg. In den Krankenanstalten der Stadt Berlin kümmert das Personal sich nunmehr etwas besser seiner Wirt

schaftlichen und sozialen Lage bewußt zu werden, denn die in den letzten Wochen unter den Pflegern und Pflegerinnen eingeleitete Agitation hat recht erfreuliche Erfolge erzielt. Auch das Anstaltspersonal von Herzberge, das zu einem Teile seine wirtschaftlichen Interessen in einem Vergütungsverein zu wahren suchte, hat am Sonnabend, 24. November, in einer recht gut besuchten Versammlung gezeigt, daß guter Wille und soziale Erkenntnis wohl imstande sind, die langsam auftauchenden Gefühle der Passivität zurückzudämmen. Die von 60 Personen besuchte Versammlung nahm mit lebhaftem Interesse einen Vortrag des Filialsekretärs Kay über die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung entgegen, an dem sich eine lebhaft debattierte über die verbandsgewerkschaftlichen Aktionen der Vergütungsvereiner und „Christen“ angeschlossen, an der sich der Kollege Dentsche und einige Kollegen vom Anstaltspersonal beteiligten. Nachdem noch einige Aufnahmen vollzogen, wurde die recht anregend verlaufene Versammlung vom Kollegen Gliese mit dem Wunsche geschlossen, daß es nun bald in den Heilanstalten hinsichtlich der Organisation besser werden möge.

Buch. Eine von recht erfreulichem Erfolg begleitete Wanderversammlung der Sektion XI wurde am Mittwoch, 21. November, in Buch abgehalten. Die Kolleginnen und Kollegen einiger Berliner Anstalten waren erschienen und mit dem zahlreich anwesenden Personal der Irrenanstalt und Heilstätte in Buch kam eine recht stattliche Versammlung zustande. Genosse Dr. A. Vernein, prakt. Arzt in Berlin, hielt einen recht instruktiven Vortrag über „moderne Heilweise“, dessen sachlicher Teil den Pflegern und Pflegerinnen manchen interessanten Fingerzeig gegeben haben dürfte. Reicher Beifall lohnte den Redner für den gediegenen Vortrag. Sodann sprachen die Verbandskollegen Kay und Dentsche über die Aufgaben des Gemeindegewerkschaftsverbandes und legten den Anwesenden nahe, ihre Mitgliedschaft recht schnell zu bemerksamen, damit sie einen Schutz und Rückhalt in allen Lagen des Lebens hätten. 18 Kollegen und Kolleginnen traten dem Verbands bei. In der Debatte wurde allseitig über die schlechte Besoldigung des Anstaltspersonals geklagt und festgestellt, daß so mancher Angestellte aus Privatmitteln seine Sättigung bezieht. Mit dem Wunsche, daß die übrigen Anstalten recht bald eine größere Anzahl von Verbandsmitgliedern aufweisen möchten, schloß der Vorsitzende, Kollege Kay, die anregend und vortrefflich verlaufene Versammlung.

Gabersee. Bei der Beratung des Etats der Kreisirrenanstalt Gabersee besprach Genosse Dr. Lehmann die Behandlung des Pflegepersonals, die sich zumunsten der Pfleger merklich von jener in Galling unterscheidet. Das Personal habe schon verschiedene Male den Versuch gemacht, Abhilfe zu schaffen, doch wurde ein Gesuch des Personals vom 1. November 1905 vom Direktor nicht weitergegeben, obwohl das Gesuch nichts Unbilliges enthielt, sondern nur die Gleichstellung mit dem Galling'schen Personal verlangte. In finanzieller Beziehung ist inzwischen diese Gleichstellung auch erfolgt, nicht aber in bezug auf die freie Zeit. Zur Erhaltung der Berufsruhe ist es notwendig, den Leuten, die das ganze Jahr über nur mit Geisteskranken zu tun haben, die nötige freie Zeit zu geben. Man beklagt sich darüber, daß die Pfleger nicht wie in Galling nach dreijähriger befriedigender Dienstzeit ihr Anstellungsdekret bekommen, das den Vorteil hat, daß sie nur von der Regierung entlassen werden können. Der § 4 der Dienst-anweisung schreibt diese Erteilung des Dekrets zwar vor, in den meisten Fällen wird aber der Paragraph nicht eingehalten. Wer nach drei Jahren um das Dekret nachsucht, ist gewöhnlich nicht mehr lange im Dienst und wird unter irgend einem Vorwand entlassen. Außerdem verlangt das Pflegepersonal, daß während der Zeit einer Erkrankung und militärischer Übungen seine Lohnabzüge gemacht werden. Infolge dieser Zustände findet in Gabersee ein bedeutender Personalwechsel statt. Sehr rigoros wird mit den Strafgebern verfahren, besonders wegen Entwicklungsens von Pfleglingen, das bei dem offenen landwirtschaftlichen Betrieb kaum vermeidbar ist. Zweifellos trifft in erster Linie für diese Zustände den Direktor die Schuld. In welcher Weise Entlassungen vorgenommen werden, dafür ein klassisches Beispiel. Ein Pfleger, der drei Jahre lang redlich gedient hatte und um das Dekret nachsuchte, wurde plötzlich ohne Kündigung entlassen, und zwar nach § 2 der Hausordnung — wegen „Unmündigkeit“. Worin diese bestand, stellte sich später heraus. Der Pfleger soll nämlich in einem Falle nicht gemeldet haben, daß Geisteskrante zotige Redensarten geführt hatten. Als der Pfleger später gegen den Direktor Zivilklage anreichte, zahlte der Direktor sofort das verlangte Gehalt für 12 Monate heraus und stellte dem Pfleger ein tadelloses Zeugnis über seine sittliche Führung aus. Der Direktor, meinte der Regierungsvertreter, habe den § 8 der Hausordnung unridrig ausgelegt. Wir können den Wortlaut dieses Paragraphen nicht, aber er müßte schon sehr unklar sein, wenn er ermöglicht, daß der Direktor die Unmündigkeit der Geisteskranken auf das Konto des Pflegers schreiben konnte. Im übrigen verurteilt der Regierungsvertreter, daß dem Direktor bedeutet wurde,

daß die Entlassung des Pflegers nicht gutgeheißen werden könne. Bezüglich der Ausstellung des Dekrets sei in letzter Zeit eine Besserung eingetreten; es sei zwölf Pflegern nachträglich (1) das Dekret ausgestellt worden. Bei den Pensionationen werden die Pfleger jetzt auch gefragt, wie lange sie im Dienste sind, und sie werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie nach dreijähriger befriedigender Dienstzeit Anspruch auf das Dekret haben. Der Etat der Anstalt wurde genehmigt.

Rundschau.

Verband für erste Hilfe. Im Monat September wurden die Hilfsstellen des Verbandes, zu dem der größte Teil der Berliner Sanitätswachen, die Berliner Unfallstationen vom roten Kreuz und die Berliner Rettungsgesellschaft zusammengetreten sind, in 6799 Fällen (gegen 6550 im gleichen Monat des Vorjahres) in Anspruch genommen. Darunter befanden sich 5983 chirurgische Fälle, 768 innere Erkrankungen und 38 geburtshilfliche Fälle. Innerhalb der einzelnen Hilfsstellen wurden 6409, außerhalb derselben 390 Personen erste Hilfe geleistet. Der neue, unter ärztlicher Leitung stehende Kranfentransport des Verbandes, dem auch die Transporte für Polizei und Magistrat übertragen sind, hat im Monat September 891 Transporte ausgeführt.

Was hilft? Um dem chronischen Ärztemangel in der Städtischen Heil- und Pflegeanstalt abzuhelfen, beschloß der Rat zu Dresden, das Gehalt der Ärzte zu erhöhen, und zwar beträgt dieses jetzt 1500 Mk. einschließlich freier Station. — Es gab einmal eine Zeit, und die liegt noch gar nicht weit zurück, als man auch von einem chronischen Mangel an Pflegepersonal sprechen konnte, aber da hörte man nichts von Gehaltserhöhungen. Sollte dies vielleicht daran liegen, daß die Ärzte alleamt den ärztlichen Organisationen angehören, während das Personal leider noch recht ungenügend organisiert ist? Es wird wohl so sein. Hoffentlich zieht das Personal die richtige Lehre daraus.

Kreiskrankenhäuser in Teltow. Zu seinen beiden Krankenhäusern in Großlichterfelde und Britz will der Kreis Teltow noch ein drittes Kreiskrankenhause in Wittenwalde errichten. Die Stadt gibt das drei Morgen große Pausgelände unentgeltlich her; Bau und innere Einrichtung sollen nur 125 000 Mk. kosten.

Ein Streit im Krankenhaus. In Dijon (Frankreich) traten sämtliche Wärter und Wärterinnen des allgemeinen Krankenhauses in den Ausstand und veranstalteten eine Kundgebung gegen die Spitalleiterin.

Im Krankenhaus ermordet. Ein Vorfall, der wohl ganz vereinzelt dastehen dürfte, hat sich dieser Tage im Pariser Hospital de la Charité zugetragen. Der Arbeiter Alfred Giraud, ein gewalttätiger und brutaler Mensch, hatte nach einem Streit seine Frau mit Messerstichen verwundet, so daß sie im Krankenhaus Aufnahme finden mußte. Der Täter selbst wurde verhaftet, am nächsten Tage aber wieder freigelassen. Er erkundigte sich nun bei seinen Hausgenossen, wohin seine Frau gebracht worden sei, mit der Notiz, daß er sie besuchen und sich nach ihrem Befinden erkundigen wolle. In Wahrheit aber beabsichtigte er, an der Armenten Mache zu üben, weil sie ihn wegen seiner rohen Tat bei der Polizei angezeigt hatte. Er verschah sich mit einem geladenen Revolver, begab sich nach dem Krankenhaus und wurde auch als Ehemann ohne weiteres an das Bett der Verletzten gelassen. Ohne ein Wort zu sprechen, zog er den Revolver aus der Tasche und gab auf die Kranke drei Schüsse ab, von denen der eine in die Lunge drang und den sofortigen Tod zur Folge hatte. Das durch die Schüsse alarmierte Krankenhauspersonal entwaffnete den Mörder und übergab ihn der Polizei.

Notiz-Kalender

für

Gemeinde- und Staatsarbeiter für 1907

herausgegeben vom Verbandsvorstand

erscheint demnächst.

Preis 40 Pf.

Die Kollegen werden ersucht, für guten Abfluß zu sorgen. Bestellungen erbitten wir durch die Filialleitungen.

Der Verbandsvorstand.